
Gratis-Strom für alle: Landesregierung macht ernst mit der Anwendung des Autonomiestatuts

Mi, 21.06.2017 - 13:28

VZS: Weitergabe der Vorteile an die Familien kommt rechtzeitig vor einem weiteren Anziehen der Strompreise

Die Strompreise steigen permanent und Italien erklimmt bei den teuren Strompreisen mittlerweile Platz 4 in Europa. Laut letzter Erhebung von Eurostat zahlen die Familien in Schweden 8 Cent pro kWh, in Italien 23 Cent. Da kommt der Beschluss der Landesregierung über den Nachtragshaushalt den Artikel 13 des Autonomiestatuts endlich anzuwenden genau richtig: Ab 2018 kann, wie vorgesehen, der Gratis-Strom den das Land von den Konzessionären der großen Wasserleitung erhält „gänzlich oder zum Teil an Verbrauchergruppen jeglicher Kategorie verteilt werden“. Der direkten Verteilung an die Südtiroler Stromabnehmer steht damit nichts mehr im Wege.

Der Vorsitzende der Verbraucherzentrale Südtirol (VZS), Agostino Accarrino und VZS-Geschäftsführer Walther Andreas zeigen sich über die nunmehr professionelle Vorgangsweise erfreut: „Das jahrzehntelange Warten auf Gratis-Strom für die Südtiroler Haushalte hat nun ein Ende gefunden. Dafür gebührt dieser Landesregierung Lob. Wir schlagen vor, von den über 170 Millionen kWh an jährlichem Gratis-Strom 90% an die Familien zu verteilen. Jede/r BürgerIn sollte 300 kWh pro Jahr verteilt bekommen, unabhängig vom Einkommen und Stromverbrauch. Damit wird die Stromproduktion wirklich ein Anliegen aller SüdtirolerInnen, von Groß und Klein, von Jung und Alt. Der Rest des Gratis-Stroms sollte für Landeseinrichtungen zur Verfügung stehen.“

Mit diesem Wurf stößt die Landesregierung auch einen beträchtlichen Mehrwert für Familien an. Dem Land würde nur ein Kostenfaktor von knapp 24 Euro je Bürger entstehen, für die Stromabnehmer selbst würde sich jedoch eine Einsparung von durchschnittlich drei Mal so viel, also 75 Euro je nach der Leistung des Haushaltsanschlusses ergeben. Diese Maßnahme kommt rechtzeitig, sind doch die Weichen für eine weitere Verteuerung der Strompreise durch die vorgesehenen Reformen auf nationaler Ebene in den nächsten Jahren gestellt.